

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

April 2014

04/2014

Hartes Ringen um Kompromisse

Bis tief in die Nacht tagte am 31. März die Stadtverordnetenversammlung Neuruppin

Grundlage war eine sehr kurze Tagesordnung - die hatte es aber in sich.

Mehrere Satzungen standen zur Abstimmung, so die neue Kita-Gebührensatzung, die Sportstättenatzung und die Zweitwohnsitzsteuersatzung. Schon in den vorbereitenden Fachausschüssen wurde kontrovers diskutiert und heftig um Kompromisse gerungen.

Vorschläge der LINKEN mehrheitsfähig

Der erste Entwurf der neuen Kita-Gebührensatzung sah eine Steigerung des kalkulierten Höchstsatzes von 215.- auf knapp 275.- Euro vor. In der Abstufung für Familien mit 2, 3 und 4 Kindern führte das zu sozialen Verwerfungen. Prozentual betrachtet sollten diese Familien bis zu 400 Prozent mehr bezahlen. Dagegen regte sich zu Recht heftiger Widerstand. DIE LINKE schlug deshalb vor, den Höchstsatz auf 250.- Euro abzusenken, und für Familien mit 2 Kindern 20 Prozent, mit 3 Kindern 40 Prozent und mit 4 Kindern 80 Prozent zu erlassen. Diese Vorschläge fanden die Mehrheit im Stadtparlament. Damit steigen zwar immer noch die Kita-Gebühren, aber das moderat und sozial verträglich.

In drei Sitzungen der Arbeitsgruppe KITA wurde mit Elternvertretern und Erziehern der Einrichtungen am Satzungstext gearbeitet. Auch hier wurden Vorschläge berücksichtigt, die sich zuvor nicht im Ursprungstext der Verwaltung fanden.

Landkreis will auf Kosten der Kommune sparen

Große Überraschung löste die Ankündigung der Kreisverwaltung aus, der neuen Kita-Gebührensatzung das Einvernehmen zu verweigern. Dieses Einvernehmen ist gesetzlich vorgeschrieben - ohne ein Einvernehmen gibt es keine gültige Satzung. Bemerkenswert ist die Begründung im vierseitigen Schreiben des Landkreises. Die Behörde nimmt weder Anstoß am

Satzungstext, der Gebührenkalkulation oder den Höchstsätzen. Die Verwaltung stört sich am Eingangssatz für den Mindestbeitrag. Dieser liegt bei 23.- Euro und soll bei einem Familieneinkommen (Netto/Jahr) von 13.000 Euro gelten. Pro tausend Euro mehr an Einkommen steigt auch der Gebührensatz. Ein Einstiegssatz, der auch in der alten Satzung galt, und der in vielen Kommunen vergleichbar ist.

Die Kreisverwaltung will, dass der Mindestbeitrag erst ab 19.000 Euro gezahlt werden muss. Die Erklärung ist simpel: Familien haben einen Anspruch auf Zuschüsse, wenn ihr Einkommen unter 19.000 Euro liegt und sie mehr als 23.- Euro Kita-Gebühren zahlen müssen. Diese Zuschüsse muss der Landkreis aus seinem Haushalt begleichen, was er all die Jahre auch anstandslos gemacht hat. Diese Kosten soll nun auch Neuruppin tragen. Für die Stadt bedeutet dies mehr als 100.000 Euro.

In Kyritz liegt der Fall ähnlich. Auch hier verweigert der Landkreis sein Einvernehmen, was dazu führte, dass Kyritz dagegen klagt. Ähnliches ist nun von Neuruppin zu erwarten, denn das Stadtparlament beschloss mit großer Mehrheit die neue Kita-Gebührensatzung.

Sporthallen nicht mehr kostenlos

Ebenfalls beschlossen wurde eine Sportstättenatzung.

Die bisher kostenlos für die Sportvereine der Fontanestadt zu nutzenden Sporthallen werden nun erstmals gebührenpflichtig. Für DIE LINKE wichtig ist der beschlossene Grundsatz, dass der Kinder- und Jugendsport weiter kostenfrei bleibt.

Ansonsten gilt, dass ab September 4.- Euro je angefangene Stunde für die Hallennutzung bezahlt werden müssen. Dieser Beitrag steigt auf 6.- Euro im nächsten Jahr.

Auch diese Satzung ist ein zäh erungener Kompromiss zwischen Politik, Stadtverwaltung und Sportvereinen.

Zweitwohnsitzsteuer kommt

Eine alte Forderung der LINKEN zur Einführung einer Zweitwohnungssteuer zur Haushaltssanierung bzw. -entlastung wurde durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erfüllt.

Dass DIE LINKE mit der nun beschlossenen Satzung trotzdem nicht glücklich ist, machte die Fraktion in der Ratssitzung deutlich. Nach dem Willen der Fraktion sollten nur die etwa 1.100 Personen, die in der Fontanestadt einen gemeldeten dauerhaften Zweitwohnsitz haben, zur Steuerzahlung herangezogen werden. Dies ist eine begründete Forderung, da die Stadt für diese Bürger Infrastruktur (Straßen, Kultureinrichtungen, Straßenbeleuchtung usw.) bereithält und instand setzt. Vom Land Brandenburg bekommt die Kommune aber nur investive Schlüsselzuweisungen für Bürger mit dem Erstwohnsitz in Neuruppin. Vielleicht, so die Überlegung der Fraktion, führt eine Besteuerung dazu, dass sich die Bürger überlegen, ihren Erstwohnsitz nach Neuruppin zu verlegen.

In der nun beschlossenen Satzung werden aber auch Datschen und Lauben aufgeführt, die eine Wohnfläche von mehr als 23 qm haben. Ein Vorschlag der Fraktion, diesen Passus aus der Satzung zu streichen, wurde nicht berücksichtigt.

Nutzungskonzept kommt

Abschließend wurde noch ein gemeinsamer Antrag der LINKEN und der SPD-Fraktion beschlossen, der die Verwaltung auffordert, ein Nutzungskonzept für das »Haus der Begegnung« zu erarbeiten. Dies soll gemeinsam mit den bisherigen Nutzern des Hauses bis zum September diesen Jahres geschehen. Erklärtes Ziel ist es, durch gezielte Werbung und neue Veranstaltungsformate, die Einnahmesituation zu verbessern, um den von Teilen des Stadtparlamentes bevorzugten Verkauf der Immobilie zu begegnen.

*Ronny Kretschmer, Stadtverordneter
Stv. Fraktionsvorsitzender*

Neuruppin - eine Stadt mit Zukunft

Unter diesem Motto steht das Wahlprogramm unseres Stadtverbandes zu den Kommunalwahlen 2014.

Seit gut einem Monat hatten die Genossinnen und Genossen unseres Stadtverbandes die Möglichkeit, am Entwurf des Wahlprogramms mitzuarbeiten. Sie konnten und sollten ihre Anregungen, Ergänzungen und Hinweise einbringen, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern über unsere Ziele sprechen.

Anspruchsvolle Ziele

Die weitere Verbesserung der Lebensqualität der Neuruppiner Bürger und der Bürger der Ortsteile zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Wahlprogramm.

So will DIE LINKE die Entwicklung der Kernstadt, aber auch der Ortsteile, weiter vorantreiben. Hierbei spielt der Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs eine entscheidende Rolle, genauso wie der Erhalt und die Unterstützung der Dorfgemeinschaftshäuser als kultureller und kommunikativer Mittelpunkt der Ortsteile.

Schwerpunkte erkannt

Der Stadtverband hat die bevorstehenden Aufgaben in 7 Schwerpunkte untergliedert. Hier wird definiert, was im einzelnen erreicht werden soll, und wofür die

Wahlprogramm mit Praxis untersetzt

Zu unserer traditionellen Frühjahr-Regionalkonferenz in Pritzwalk konnten wir diesmal Auge in Auge mit unserem Justizminister Helmuth Markov, der Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Anita Tack und dem Finanzminister Christian Görke zu ausgewählten Punkten des Programmentwurfs der LINKEN Brandenburg zur Landtagswahl am 14. September diskutieren.

Christian Görke betonte in seiner Einführungsrede, dass DIE LINKE in Brandenburg erstmals aus Regierungsverantwortung heraus Wahlkampf macht, wir aber die Sorgen und Nöte der Menschen kennen und das Ziel 25% plus x durchaus erreichbar ist.

Dann ging es in 4 Gesprächskreisen gleich zur Sache: Bildung - Gesundheit - Gute Arbeit/Kommunen und Demokratie/ Rechtsstaat.

zukünftigen linken Abgeordneten im Neuruppiner Stadtparlament und den Ortsbeiräten stehen.

Dies beginnt bei den Herausforderungen durch den demographischen Wandel, geht von guter und bezahlbarer Bildung über Kultur und Sport für alle bis hin zu einer dauerhaften und verbindlichen Förderung der kulturellen Aktivitäten.

Es geht aber auch um gute Arbeit und gute Löhne, stabile klein- und mittelständige Unternehmen, die Stärkung der kommunalen Unternehmen sowie um die weitere Entwicklung Neuruppins zu einer sozialen Stadt.

Nicht zuletzt bekennt sich der Stadtverband uneingeschränkt zum Kampf gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Rechtsextremismus.

Unser Stadtverband will keine Massentierhaltung in Mega-Ställen zulassen und wendet sich gegen jede Form von Gentechnik in der Landwirtschaft.

Wahlprogramm beschlossen

Auf der Mitgliederversammlung unseres Stadtverbandes am 3. April im Restaurant »Tempelgarten« wurde unser Wahlprogramm nach sachlicher und konstruktiver Diskussion mit den von unseren Mitgliedern vorgeschlagenen Ergänzungen einstimmig beschlossen.

Achim Müller

Durch die Teilnehmer wurden Fragen und Forderungen gestellt, die von Inklusion, Lehrerausbildung, Personalausstattung, Einschulungsalter, Gesamtschulen, Ärztemangel und -ausbildung, Krankenkassen und Prävention, Bedarf und Ausbildung an den Universitäten über Mindestlohn, Vergabegesetz, Leiharbeit, Finanzausgleich, Konzessionsverträge, Massentierhaltung bis zu Resozialisierung, Opferschutz, Willkommenskultur, Verfahrenslaufzeiten und die Verteilung der Bußgelder reichten.

Einige der Forderungen sind bereits im Programmentwurf enthalten, andere werden noch eingearbeitet bzw. überarbeitet (z.B. der Pfltegeitel). Die Zwischenbilanz sieht schon gut aus, weitere Debatten werden folgen. Alles in allem wieder ein sehr informativer Abend.

Jürgen Schubert

Kommentar

Wenn zwei das Gleiche tun....

Dieses alte Sprichwort fiel mir ein, als ich die Meldung las, dass das kreiseigene Jobcenter Gelder, die es für die Förderung von Arbeitslosen erhält, zur Bezahlung ihrer eigenen Mitarbeiter nutzt. Während Langzeitarbeitslose jeden Cent dreimal umdrehen müssen, ehe sie ihn ausgeben können, sich über jeden zusätzlichen Euro freuen (Ein-Euro-Job), werden Teile dieser Gelder für das Gehalt der 211 Mitarbeiter des Jobcenters genutzt.

Nun argumentiert die Kreisverwaltung, dass andere Jobcenter das auch so machen. Wird es aber dadurch richtiger und gerechter? Ich bin der Meinung, wenn ich jemandem, dem etwas zusteht, dies entziehe, ist es zumindest Betrug, wenn nicht gar Diebstahl! (Dies sehen auch von mir konsultierte Rechtsanwälte so.)

Während einerseits die Hartz-IV-Empfänger permanent von den Mitarbeitern des Jobcenters mit Sanktionen bedroht sind und ihnen dann ihr spärliches Salär gekürzt wird, fragt andererseits wohl niemand, ob die Mitarbeiter des Jobcenters ihren Aufgaben vollumfänglich und qualitätsgerecht nachkommen, man sehe sich nur den Berg von Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide an. Auch stellt sich die Frage, ob bei gesunkener Zahl der Bedarfsgemeinschaften wirklich noch alle 211 Mitarbeiter benötigt werden. Aber dieser Frage beugt Amtsleiter Lüdemann bereits heute vor; indem er sagt, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen jetzt langsamer sinken wird. Es ist doch eine alte Weisheit, die auch jedes Wirtschaftsunternehmen berücksichtigen muss, um zu überleben, dass bei sinkender Auftragslage (Bedarfsgemeinschaften) auch die dafür benötigte Mitarbeiterzahl sinkt.

Wenn unserem Kreis das kommunale Jobcenter zu teuer wird, wenn nur durch Betrug an den Arbeitslosen dessen Existenz gesichert werden kann, dann sollte man gründlich überlegen, ob man diese Aufgabe nicht zurück an die Bundesagentur für Arbeit gibt.

Auf die Gefahr, dass das Optionsmodell den Kreis sehr teuer zu stehen kommen kann, haben bereits bei dessen Einführung die Kreistagsabgeordneten unserer Partei hingewiesen. Aber, das war ja nur Miesmacherei der PDS.

Achim Müller

Wahlen 2014



Zum Abschluss die endgültige Aufstellung der KandidatInnen für Neustadt/Dosse, Wusterhausen und Rheinsberg.

Stadtverordnetenvers. Neustadt/Dosse

1. Alexander Jachmann
2. Ute Taeger
3. Franziska Ball
4. Andreas Lungfiel
5. Karin Bayer
6. Alexander Blocks
7. Marco Redel
8. Andre´ Stimm
9. Tobias Lungfiel
10. Hans-Reiner Elgert
11. Günter Wick

Ehrenamtlicher Bürgermeister Neustadt/Dosse

Alexander Jachmann

Gemeindevertretung Wusterhausen

1. Petra Buschke
2. Nico Alwin
3. Heike Hetzke
4. Raffael Eichmann
5. Helga Kuball
6. Uwe Tackmann

Stadtverordnetenvers. Rheinsberg

1. Freke Over
2. Hartmut Winkelmann
3. Mario Stärck
4. Uwe Witt
5. Reiner Streich
6. Ralf Kinzel
7. Heinz Karwath

Ortsbeirat Rheinsberg

1. Uwe Witt
2. Ralf Kinzel

Ortsbeirat Flecken Zechlin

1. Reiner Streich
2. Rene´ Rogge

Ortsbeirat Dorf Zechlin

Hartmut Winkelmann

Wir wollen mehr bewegen

Ich schwör' auf meine Stadt

David Hölker (22) ist gebürtiger Neuruppiner, wohnt in der Altstadt - und mag seine Stadt. Das spürt man im Gespräch mit ihm. Und er will auch nicht weg von hier. Er hat sein Abi am Oberstufenzentrum gemacht und vorher die Rosa-Luxemburg-Grundschule und die Puschkinschule besucht. Jetzt ist er im dritten Lehrjahr Azubi in der Kreisverwaltung und will Verwaltungsfachangestellter werden.

Trockene Verwaltungstätigkeit, wird manchmal leichthin gesagt. Aber David erzählt von interessanter Arbeit gegenwärtig im Bauamt, im Denkmalsbereich, wird ab April das Sozialamt näher kennen lernen, war auch schon im Rechtsressort, hatte mehrfach mit Abgeordneten zu tun und an Stadtverordnetenversammlungen teilgenommen.

Prüfungen zum Abschluss stehen bald an. Er hofft, dass er dabei so gut abschneidet, dass er hier weiterarbeiten kann - einfach, weil es ihm Spass macht.

Wenn er mit seinem Fahrrad locker die Stadt durchquert, sieht man ihm nicht an, dass er trotz seiner jungen Jahre auch noch eine ziemliche Verantwortung trägt: er ist seit Februar 2013 Schatzmeister des Kreisverbandes der LINKEN von OPR. Ehrenamtlich, versteht sich. Erstaunlich, wie schnell und zielstrebig er sich in dieses Finanzgebiet eingearbeitet hat, wie er vor allem mit den jungen und alten Genossen umgeht und immer einen gleichermaßen freundlichen und stets achtungsvollen Ton findet. Er macht nicht viel Worte, aber er gilt als verlässlich. Und dass er ein Linker ist, das merkt man ihm an.

Steven will's wagen

Er ist noch Schüler bei der AGUS, angehender Erzieher und natürlich Neuruppiner Bürger. Aber er hat sich schon eine Zeitlang engagiert im Jugendwohnprojekt MittenDrin, und jetzt gehört er auch zur Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen bei der LINKEN in Neuruppin.

Eigentlich war es eine Stadtverordnetenversammlung, die so manche Probleme für die Bürger der Stadt ins Rollen brachte, als Steven entschied, dass er sich für DIE LINKE einsetzen und ihre Politik mit vertreten will. »Gerade, weil in Neuruppin im sozialen Bereich so drastisch gekürzt werden soll, will ich hier aktiv

Und nun gehört er zu den jungen Leuten, die in die Neuruppiner Stadtverordnetenversammlung einziehen wollen. Warum? Lassen wir ihn selbst sprechen.



»Ich möchte unsere Stadt politisch in einer starken linken Fraktion mitgestalten, d.h. auch, zukunftsfähig machen. Meine Schwerpunkte setze ich vor allem in den Bereichen Jugend und Soziales. Ich möchte die Interessen junger Menschen der Stadt vertreten und dem demographischen Wandel mit entgegenwirken, indem junge Menschen in der Region gehalten werden. Hierfür müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden - gute Kita-Angebote, Bildungs-, Arbeits- und vielseitige Freizeitmöglichkeiten. Ich finde auch, dass es überaus wichtig ist, dass Neuruppin Verwaltungsstandort bleibt. Und in Sachen Tourismus kann unsere Stadt auch noch attraktiver werden. Mir ist vor allem wichtig, dass bei sozialen Projekten in der Stadt und den Ortsteilen nicht die finanziellen Mittel gekürzt werden. Das ist vermeintliches Sparen am falschen Ende.

Und ich trete selbstverständlich weiterhin offen gegen rechtes Gedankengut auf!«

Christa Horstmann

werden und mithelfen, dass wichtige Projekte für Ältere und für Junge nicht einfach wegfallen oder in ihrer Arbeit stark behindert werden.

Sie sollen erhalten bleiben!« Deshalb will Steven Maaß für die Stadtverordnetenversammlung Neuruppin kandidieren.



ch-

Bundestagsreport

Friede den Plätzen und Äckern

Die Krise in der Ukraine hat in den vergangenen Wochen auch viele Menschen im Wahlkreis bewegt. Während in allen anderen Fraktionen anti-russische Argumente dominieren, war es DIE LINKE, die auf der Grundlage präziser Analysen der Ursachen und Folgen eine deeskalierende Rolle der EU forderte. Die berechtigte Kritik an der völkerrechtswidrigen Entscheidung auf der Krim und dem Agieren des russischen Präsidenten Putin darf den Blick nicht versperren für das ebenso falsche Handeln von NATO und EU, die eine Brückenfunktion der Ukraine zwischen Ost und West systematisch verhinderten.

Dass die Bundesregierung die (übri-gens ebenso völkerrechtswidrige) ukrainische Übergangsregierung anerkennt und finanzielle Hilfen zusagt, obwohl faschistische Parteien an ihr beteiligt sind, ist eine verheerende Verharmlosung, und gerade angesichts der deutschen Geschichte absolut inakzeptabel. Bezeichnend auch, dass die Frage nach den Verantwortlichen für die tödlichen Schüsse auf die Demonstrantinnen und Demonstranten auf dem Kiewer Maidan nur so lange intensiv gestellt wurde, wie eine mögliche Beteiligung pro-russischer Kräfte behauptet werden konnte. Gerade die scheinheilige Doppelmoral der EU und der USA ist an

diesem Beispiel gut nachweisbar. Separatistische Kräfte werden unterstützt oder verdammt, je nachdem, ob sie den eigenen Machtinteressen nutzen oder nicht.

Der Einsatz militärischer Mittel wird aus den gleichen Motiven für legitim erklärt und selbst angewandt, oder als Mittel aus einem vergangenen Jahrhundert gebrandmarkt. Das ist unredlich und gefährdet den Frieden, der wohl brüchiger ist, als man oft denkt. Deshalb ist die mahnende, konsequent am Völkerrecht orientierte Stimme der LINKEN im Bundestag wichtiger denn je.

Ein zweites großes Thema der vergangenen Sitzungswochen waren gentechnisch veränderte Pflanzen. Entzündet hatte sich der heftige Schlagabtausch an der Entscheidung in Brüssel zur neuen Maislinie 1507 aus dem Hause Pioneer, die sowohl gegen ein Pflanzenschutzmittel (Glufosinat) resistent ist, als auch ihr eigenes Gift gegen den Maiszünsler produziert, dessen Raupe den Mais schädigt.

Unterdessen gibt es im Bundestag eine breite Mehrheit von Abgeordneten, die diese Risikotechnologie entweder skeptisch sieht oder ablehnt. Doch die Kanzlerin hat offensichtlich (noch?) den nötigen Einfluss, um die Koalition im Interesse der Saatgutkonzerne agieren zu lassen. Denn obwohl SPD und CSU gegen eine

Anbauzulassung von Mais 1507 waren, hat Deutschland in Brüssel Enthaltung signalisiert. Damit kam keine Sperrminorität zustande, obwohl 19 Mitgliedsstaaten dagegen waren und nur 3 dafür. Darunter Finnland und Schweden, in denen kaum Maisanbau stattfindet.



Gentechnik in Lebensmitteln - Fluch oder Segen?
Autor: stumayhew

Damit ist nun faktisch der Weg frei für eine Anbauzulassung durch die EU-Kommission. Bisher hat sie davon auch immer Gebrauch gemacht. Dieses Mal zögert sie, vielleicht auch, weil sich Anfang des Jahres das Europäische Parlament eindeutig gegen weitere Anbauzulassungen ausgesprochen hat, bis das Zulassungsverfahren so verändert wird, dass gesundheitliche und ökologische Risiken erkannt und vermieden werden können.

Kirsten Tackmann, MdB

Kreistag: Beschlüsse zum Wohle der Bürger

Dazu sprach unser Redaktionsmitglied Achim Müller mit dem Vorsitzenden unserer Kreistagsfraktion, Friedemann Göhler.

Die Kreistagssitzung am 13. März war von zum Teil heftig geführten Debatten gekennzeichnet. Bereits im Vorfeld zeichnete sich ab, dass der Landrat nicht gewillt ist, Gelder für die Jugendarbeit »locker zu machen«. Als dann in der »Bürgerfragestunde« Oliver Leonhardt vom MittenDrin ans Mikrofon trat und den aktuellen Sachstand erläuterte, wurde er vom Vorsitzenden des Kreistages OPR, Herrn Sven Deter, mit der Aufforderung, endlich eine Frage zu stellen, unterbrochen. Das war unter anderem unserem Abgeordneten Dieter Groß zu viel, und er kritisierte Deter, indem er sagte, dass es unwürdig für dieses Parlament sei, wie er als Vorsitzender mit fragenden Einwohnern umgehe.

Auf Antrag von Dieter Groß zog der

Jugendhilfeausschuss seinen Antrag für Zuwendungen von 100.000 Euro nach Beratung zurück. (Unsere Fraktion schätzte nämlich ein, dass dieser Antrag des Jugendhilfeausschusses keine Mehrheit im KT finden wird.) Der Kreistag beschloss daraufhin mehrheitlich, den Landrat zu beauftragen, Lösungen zu erarbeiten, wie den Vereinen und Einrichtungen tatsächlich finanziell geholfen werden kann.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Erhalt des Kulturstandorts Rheinsberg. Hier stimmten die Abgeordneten der Fusion von Musikakademie und Kammeroper mehrheitlich zu, wobei der Landkreis Gesellschaftsanteile behält. Auch bei dieser Debatte kam es zu einem Disput zwischen Enno Rosenthal und dem SPD-Abgeordneten Herrn Alisch, nachdem Enno die Arbeit der Rheinsberger Stadtverordneten kritisiert hatte. Alisch wies als Ortsbürgermeister von Rheinsberg und Stadtverordneter die Kritik von Enno vehement

zurück.

Entgegen der Meinung des Landrates stimmten die Abgeordneten mehrheitlich gegen einen Austritt aus der »Wassertourismus-Initiative-Nordbrandenburg« (WIN). Beweggrund der Abgeordneten ist, alle Formen des Wassertourismus, vom Paddelboot bis zur Yacht, als Wirtschaftsfaktor für unsere Region weiter zu fördern.

Ein nächster, nach kontroverser Diskussion beschlossener Tagesordnungspunkt war, dass der Landkreis OPR sich mit 100.000 Euro an der Finanzierung zum Erhalt der Regionalbahnen Neustadt-Pritzwalk-Meyenburg beteiligt. Besonders Dieter Groß und der SPD-Abgeordnete Herr Settgast begründeten die Notwendigkeit und den Erhalt dieser Strecken (RB 73/74) in der Verantwortung für die Mobilität sowie die Daseinsvorsorge für unsere Bürger, auch unter Beachtung der regionalen Wirtschaft.

Dieter Groß - ein Abgeordneter, der für alle Bürger aktiv ist

Dieter Groß ist ein linker Vollblutpolitiker. Rund um die Uhr ist er für die Menschen in der Region und im gesamten Land Brandenburg unterwegs.

Die Daseinsvorsorge in der ländlichen Region, insbesondere Kitas, Schulen, Ärzteversorgung, Infrastruktur, Erhalt der Bahnstrecken RB 73/74, die Unterhaltung der Landesstraßen sowie das weitere Eintreten für die Anerkennung des Wachstumskerns »Autobahndreieck Wittstock« sind neben seiner fachpolitischen Verantwortung in der Landtagsfraktion Arbeitsschwerpunkte vor Ort. Gleiches gilt für die Erhaltung der Zugänge für jedermann zu Sport, Kunst und Kultur - unser Vorschlag zur Aufnahme in den Staatszielkatalog des Grundgesetzes. Dem Neofaschismus, Rassismus und Fremdenhass weiter Einhalt zu gebieten, gilt seine besondere Aufmerksamkeit. Dafür setzt er sich auf Kommunal- und Landesebene ein, sein Engagement bei der Verlegung der »Stolpersteine« in Wittstock und Kyritz, Aktionen wie die Sternfahrt »Todesmarsch-Below«, »Lesen wider das Vergessen« - in Erinnerung an die Bücherverbrennung 1933 in Wittstock, Kyritz und Neuruppin, sowie seine Teilnahme am 5.4. 2014 in Wittenberge, beim Protest gegen Neonazis, sind dafür beispielhaft.

Der Spagat zwischen der Landespolitik im fernen Potsdam und dem Agieren in der Kommunalpolitik, ob als Fraktionsvorsitzender der Stadtfraktion Kyritz und stellvertretender Vorsitzender der StVV oder Mitglied der Kreistagsfraktion, kostet viel Zeit, gelingt aber immer wieder und zeugt von Bodenständigkeit. Der Kampf für den Erhalt der Polizeiwachen vor Ort, für die Sicherung des Standortes des Landgerichts Neuruppin und für ein Verkehrskonzept PR/OPR sind nur einige Beispiele dafür.

Die unterschiedlichsten Bürgerinitiativen in unserer Region fanden in ihm, wie in der LINKEN überhaupt, immer einen Unterstützer und Vermittler. Auch Veranstaltungen für die Unterstützung und den Erhalt kultureller und sportlicher Projekte und Institutionen, wie z.B. Kammeroper und Musikakademie Rheinsberg, Galerie Marktgasse Wittstock, Theater »Knattermimen Kyritz«, Schöllerfestspiele, PKW-Cup im Fußball, Erhalt des Kulturbundes am Projektbeispiel der niederdeutschen Sprache, waren Groß immer ein Anliegen.

Ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit den örtlichen Verwaltungen, den regionalen Abgeordneten über die Parteigrenzen hinaus, insbesondere in gemeinsamer Verantwortung für die ländliche Region, sowie die Teilnahme an den jeweiligen Versammlungen der StVV in PR/OPR ist für einen Kreis- und Landtagsabgeordneten unabdingbar und wichtig. Streifendienst mit der Polizei in Pritzwalk und Wittstock und sein Wirken als Beiratsmitglied in der JVA Wulkow bringen Einblicke in deren Verantwortungsbereiche, die bei laufenden Reformen Beachtung finden.

Bei Themen, wie z.B. Kreisumlage, paritätische Mitbestimmung in den Ruppiner Kliniken sowie bei Förderung von Jugendprojekten, Schülerbeförderung, Fusion Kammeroper und Musikakademie Rheinsberg, sowie Musik- und

Kunstschulen, bezog Dieter Groß klare Stellung.

Zu den Fragen der Bilanz von Rot-Rot in der Legislatur von 2009-2014 wurde schon des Öfteren in den Artikeln »Neues aus dem Landtag« in der »Märkischen Linken« ausführlich berichtet.



Gespräche auf dem Marktplatz Kyritz

In den Bürgersprechstunden in Neuruppin, Rheinsberg, Lindow, Kyritz, Pritzwalk und Wittstock sowie in den Ortsteilen nutzten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich mit ihren persönlichen Anliegen bei Dieter Groß fachlichen Rat und Unterstützung einzuholen. Oftmals konnte er Gespräche mit den zuständigen Vertretern der Landesregierung, aber auch mit Landräten und Bürgermeistern vereinbaren, oft wurden Lösungen gefunden.

Daneben hat Groß verschiedene Veranstaltungen zur politischen und kulturellen Bildung organisiert, er war ein gern gesehener Gast, zum Teil auch gemeinsam mit Staatssekretären und Ministern in Schulen (»Wahlalter 16«) und sozialen Einrichtungen.

Dieter Groß kandidiert zum wiederholten Male für die StVV Kyritz und den Kreistag OPR, sein Motto: **»Packen wir es an - die beste Zeit ist jetzt!«**

Christian Richter



1. Mai 2014

**Allen Genossinnen und Genossen, allen Freunden und Sympathisanten der LINKEN,
allen Bürgerinnen und Bürgern, die hier leben,
allen, die eine Zukunft in Frieden und sozialer Gerechtigkeit mitgestalten wollen.**

Glückwunsch zum 1. Mai 2014 !

Er bleibt unser Kampf- und Feiertag !

Wir sagen JA zu Europa, aber ...

Europa geht anders. Sozial, friedlich, demokratisch

Mit großer Mehrheit verabschiedete unser Europaparteitag in Hamburg am 15. und 16. Februar das Programm zur Europawahl. DIE LINKE ist auch europapolitisch eine selbstbewusste Partei, die voll hinter der europäischen Idee steht.

Was jedoch in Europa schief läuft, das gilt es zu verändern. Hierbei hat unsere Partei vor allem das Ziel, ein friedliches und gerechtes Europa zu gestalten. So wenden wir uns vehement gegen jegliche Bestrebungen, die EU zu militarisieren. Auch wollen wir einen Politikwechsel erreichen, weg von der administrativen EU, hin zu einem Europa, das gerechter, ökologischer, sozialer, friedlicher und weltoffener wird. Auch wenden wir uns, was die gegenwärtige politische Diskussion um die Ukraine angeht, gegen jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine. Dies beinhaltet auch die Finanzierung bestimmter politischer Strömungen der Ukraine durch EU-Staaten, sowie die vom amerikanischen Präsidenten geforderte härtere Rolle gegen Russland und eine Aufrüstung der NATO.

Gregor Gysi hat in einer vielbeachteten Bundestagsrede auf die Versäumnisse der EU im Hinblick auf die Krim-Krise hingewiesen und betont, dass sich EU und NATO als »Sieger des kalten Krieges« gefühlt und aufgeführt hatten. Und jetzt trifft es die ukrainische Bevölkerung direkt, wie dpa berichtete. Massenentlassungen und Sozialabbau gehören zu den Bedingungen des Internationalen Währungsfonds (IWF), um der Ukraine einen Kredit von 14 bis 18 Milliarden Dollar zu gewähren. Die von einem Drittel mit

Faschisten besetzte Regierung der Ukraine hat die Behörden angewiesen, 24.000 Angestellte zu entlassen, und der Staatskonzern »Naftogaz« wird zum 1. Mai den Gaspreis für die Bevölkerung um 50 % erhöhen. Welche Auswirkungen das auf die politische Stabilität der Ukraine hat, kann heute noch niemand absehen (Man denke nur an Griechenland, welches auch unter der »Knote« des IWF leidet).

Und jetzt will die EU ein Freihandelsabkommen (TTIP) mit den USA abschließen. Das mag gut klingen, aber was steckt wirklich dahinter? Neben wachsendem Widerstand der Bürger, bringen jetzt auch immer mehr Wirtschaftsvertreter ihre Bedenken und Befürchtungen zum Ausdruck. Das betrifft beispielsweise den Investitionsschutz. So kann nach derzeitigen Regeln ein amerikanisches Unternehmen in Deutschland ein Kohlekraftwerk bauen, ohne dass die Bundesregierung (Energiewende) etwas Wirksames dagegen unternehmen kann. Die amerikanischen Investoren erhalten ein Klagerecht, wenn sie glauben, ihre Profite werden durch nationale Festlegungen gefährdet. Und was passiert dann, wenn amerikanisches Hormonfleisch, Genprodukte, Chlorhühnchen usw. den europäischen Markt überschwemmen und die EU nichts dagegen unternehmen kann? Werden

durch das Freihandelsabkommen die starken europäischen Verbraucherschutzrichtlinien dann nicht ausgehebelt?

Aber, und das ist gar nicht hinnehmbar. Die öffentliche Daseinsvorsorge und daran hängende Dienstleistungen werden zur »Verhandlungsmasse«. Das bedeutet, dass sich beispielsweise amerikanische Unternehmen in Stadtwerke einkaufen können bzw. ganze Sparten übernehmen, also privatisieren können. Eins steht aber fest, nationale politische Entscheidungen werden schwerer und teurer, wenn dadurch



Proteste gegen das Freihandelsabkommen in Berlin

Foto: DIE LINKE

die Investoreninteressen der Amerikaner eingeschränkt werden.

Dies sind einige, auch von den Gewerkschaften gestellte Fragen, die unsere Regierung und die EU im »stillen Kämmerlein« beraten und die Bürger der EU-Staaten außen vor lassen.

Mit uns LINKEN ist das aber nicht so einfach zu machen. Deshalb ist es notwendig, dass am 25. Mai eine starke linke Fraktion ins Europaparlament einzieht, um solche und ähnliche Fehlentscheidungen der EU-Bürokraten zu verhindern.

Achim Müller

Bundesliste zur Europawahl 2014

Die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung in Hamburg hat beschlossen, eine Liste mit 20 Personen zu wählen, wobei die Listenplätze 1 bis 10 in Einzelwahl und die übrigen Listenplätze in einer Gruppenwahl vergeben werden.

1. Gabi Zimmer
geb. 1955, Wohnort: Suhl (Thüringen),
Diplom-Sprachmittlerin
2. Thomas Händel
1953, Fürth (Bayern), Elektroniker,
Gewerkschaftssekretär
3. Cornelia Ernst
1956, Dresden (Sachsen), Diplom-
Pädagogin, Dr.

4. Helmut Scholz
1954, Zeuthen (Brandenburg), Politik-
wissenschaftler
5. Sabine Lösing
1955, Göttingen (Niedersachsen),
Sozialwirtin und Sozialtherapeutin
6. Fabio De Masi
1980, Berlin, Diplom-Volkswirt
7. Martina Michels
1955, Berlin, Diplom-Philosophin
8. Martin Schirdewan
1975, Berlin, Politikwissenschaftler
9. Sofia Leonidakis
1984, Bremen, Politikwissenschaft-
lerin

10. Malte Fiedler

Auf der Frauenliste gewählt:

11. Paola Giaculli
13. Ruth Firmenich
15. Ida Schillen
17. Jennifer Michelle Rath
19. Katrin Marie Hitzler

Auf der gemischten Liste gewählt

12. Keith Barlow
14. Michael Ehrhardt
16. Gotthilf Lorch
18. Martin Dolzer
20. Nick Woischneck

Gerd Klier erläuterte beim Minister wichtige Praxiserfahrungen zum SGB II

Auf der Grundlage des Beschlusses des Landtages Brandenburg vom 07.06.2012 tagte unter Leitung des Arbeits- und Sozialministers Günter Baaske eine Arbeitsgruppe »Rechtsbehelfsverfahren im SGB II«. Minister Baaske trat an den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Brandenburg heran und bat um Entsendung von Vertretern der Rechtsanwaltskammer zur Sitzung am 03.03.2014. Der Geschäftsführer der Kammer bat im Auftrage des Präsidenten Gerd Klier und die Kollegin Nettesheim, die Rechtsanwaltskammer zu dieser Sitzung aufgrund ihrer umfangreichen Erfahrungen im Bereich des SGB II zu vertreten.

Wir berichteten von unseren praktischen Erfahrungen des Umgangs der Jobcenter mit den Bedürftigen und den erheblichen organisatorischen und fachlichen Problemen der Jobcenter in den Widerspruchs- und Klageverfahren. Insbesondere wiesen wir anhand von Beispielen darauf hin, dass sich nicht nur der bedürftige Bürger, sondern auch die Verwaltung an Recht und Gesetz zu halten hat. Ein Beispiel sind die erforderlichen Untätigkeitsklagen wegen des Nichteinhaltens von gesetzlichen Fristen durch die Jobcenter, was zu nicht unerheblichen - eigentlich unnötigen - Mehrausgaben von Steuergeldern führt.

Zugleich mussten wir klarstellen, dass die Vielzahl der SGB II-Klagen nicht verursacht wird durch die Gerichtskostenfreiheit beim Sozialgericht, und die Bedürftigen nicht vorhätten,

deshalb sowieso zu klagen. Die Ursache ist vielmehr, dass auch der bedürftige Bürger einen berechtigten Anspruch auf Achtung seiner Rechte hat, und wenn diese von der Verwaltung verweigert werden, ihm nur der Rechtsweg weiterhelfen kann.

Weiterhin wurde mit dem Argument aufgeräumt, die Rechtsanwälte würde sich mit SGB II-Mandanten nur gute Geschäfte sichern und daher die Bedürftigen vertreten und in Verfahren treiben. Anhand der Beratungshilfe für eine Erstberatung und dem notwendigen betriebswirtschaftlichen Umsatz wurde dargestellt, dass eine Erstberatung im SGB II höchstens 10 Minuten dauern dürfte, wenn diese sich betriebswirtschaftlich rechnen, also für den Anwalt einen Gewinn abwerfen soll. In dieser Zeit schafft man es häufig nicht mal, die Bescheide vollständig zu lesen.

Wir legten Wert auf eine psychologische Schulung der Mitarbeiter mit Kundenkontakt und die Notwendigkeit besserer sozialrechtlicher Schulungen der Mitarbeiter zur Vermeidung unnötiger Verfahren.

Rechtsanwalt Gerd Klier

Vorsitzender des Fachanwaltsausschusses Sozialrecht der Rechtsanwaltskammer des Landes Brandenburg

Bürger haben viele Ideen

In ihrer Mitgliederversammlung im März hatte die BO 14 in Neuruppin den Genossen Gerd Klier zu Gast. Er sprach dieses Mal aber nicht als der bekannte Rechtsanwalt, sondern als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung zu den dringenden sozialen und politischen Fragen, wie die ungerechtfertigten Gebührenerhöhungen, die die Bürger der Stadt seit Wochen aufgebracht haben.

An zahlreichen Beispielen wurde ihm - auch für unsere Linksfraktion in der StVV - vor allem mit auf den Weg gegeben, von der Stadtverwaltung stärker zu fordern, bei solchen entscheidenden Fragen die Bürger von vornherein grundsätzlich einzubeziehen und ihre Anliegen und Erfahrungen nicht einfach zu negieren bzw. erst dann gezwungenermaßen zu hören, wenn »das Kind in den Brunnen gefallen« ist.

Anhand eigener vielfältiger Erfahrungen wurde auch darauf hingewiesen, dass die größten Reserven - z.B. für die weitere touristische Entwicklung - sowohl der Stadt als auch im Kreis in der ungenügenden Zusammenarbeit der Städte und Regionen und in ihrem offensichtlichen Konkurrenzdenken liegen.

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	5.5.	Ewald Greisert	in Wittstock	zum	85.
Am	7.5.	Elfriede Seidel	in Wittstock	zum	89.
Am	16.5.	Hans Schaefer	in Neuruppin	zum	65.
Am	20.5.	Erich Krüger	in Vielitz	zum	74.
Am	25.5.	Fritz Klame	in Kränzlin	zum	85.
Am	29.5.	Sabine Reinbacher	in Alt Ruppín	zum	64.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

14 tolle Ruppinerinnen

Kürzlich waren im Ratssaal der Stadt, wo sonst nur Ausschüsse und die Stadtverordnetenversammlung tagen, fast nur Frauen versammelt. Anlässlich des Internationalen Frauentages wurde ein neues Buch vorgestellt und allen anwesenden Frauen übergeben.

»14 Frauen, die Neuruppin bewegen« ist das vierte Buch dieser Reihe, initiiert von der bisherigen Gleichstellungsbeauftragten der Stadt, Petra Torjus.

Das erste dieser Frauenporträts, die allesamt ein Stück Geschichte der Fontanestadt mitgeschrieben haben, erzählt übrigens von unserer Genossin Lisa Riedel, Obermuseumsrat, deren Name untrennbar verbunden ist mit dem national und international bekannten Museum der Stadt.

Über weitere bekannte Frauenpersönlichkeiten berichtet die Journalistin Dagmar Simons: u.a. über GAB-Chefin Erika Lehmann, Schulleiterin Anke Bachmann, Mitglied des Seniorenbeirates Ilse Lisch, über die ehemalige stellvertretende Bürgermeisterin Margarete Jungbluth und die Malerin und Designerin Marianne Kühn-Berger - ein interessantes und lesenswertes Buch!

ch-

Bitte SEPA-Umstellung beachten

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. Kreisvorstand OPR
 IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61,
 BIC: GENODEF1NPP
 Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppín eG

»OnlineBibliothek OPR« gestartet

Seit 1920 gibt es die Bibliothek in Neuruppin, und nach umfassender Sanierung hat sie wieder ihren angestammten Platz im Alten Gymnasium.

Mit Wirkung vom 22. Januar 2014 startete sie in ein neues, digitales Zeitalter. Neben der klassischen Ausleihe ist es nun möglich, rund um die Uhr digitale Medien auszuleihen. Unter »www.onlinebibliothek-opr.de« kann jeder mit einem gültigen Bibliotheksausweis der Bibliotheken in Heiligengrabe, Kyritz, Neuruppin, Neustadt(Dosse), Rheinsberg, Wittstock und Wusterhausen zu jeder Zeit und an jedem Ort aus dem Bestand der mehr als 4000 E-Books (Bücher), E-Audios (Hörbücher) und E-Paper (Zeitschriften und Zeitungen) auswählen. Um die Rückgabe



Lesesaal der Neuruppiner Bibliothek

braucht sich keiner zu kümmern, denn das Medium auf ihrem Gerät erlischt automatisch nach Ablauf der Leihfrist.

Neben der Mitgliedschaft (für 1 Jahr zahlen Erwerbstätige - ab 18 - 14 Euro, Kinder und Jugendliche bis vollendetem 16. Lebensjahr sind kostenfrei) braucht der Kunde nur noch einen Internetanschluss und ein entsprechendes Endgerät.

Möglich wurde das Projekt nur durch das Engagement vieler regionaler Sponsoren und Institutionen. Im Land Brandenburg ist unser Landkreis der Fünfte

mit diesem Service, und vielleicht erwacht ja bei dem einen oder anderen über diesen Weg die Lust, mal wieder ein Buch zu lesen.

Jürgen Schubert

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 16.04. und 14.05.14	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 23.04.14	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
25.-27.04.14	5. Aktionsfahrradtour - Unterwegs für Menschlichkeit und Frieden, gegen Neofaschismus! Sonntag, 27.4.14, 9.00 Uhr, Abfahrt Marktplatz Wittstock
Dienstag, 29.04.14	Mitgliederversammlung DIE LINKE. RV Rheinsberg – Lindow 19.00 Uhr, Rheinsberg - H.-Rau-Schule
Dienstag, 29.04.14	Mitgliederversammlung DIE LINKE. RV Temnitz 18.00 Uhr, Walsleben - Kartoffellagerhaus
Mittwoch, 30.04.14	Feier zum 1. Mai Ab 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 01.05.14	Traditioneller Frühschoppen zum 1. Mai Ab 10.00 Uhr, Wittstock - Hof Galerie Marktgasse
Montag, 05.05.14	Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Kyritz 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 05.05.14	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 05.05.14	Mitgliederversammlung DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Donnerstag, 08.05.14	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 08.05.14	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock 17.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 08.05.14	Kranzniederlegungen zum 8. Mai - Bitte Tagespresse beachten! Alt Ruppín, Kyritz, Neuruppin, Rheinsberg, Wittstock
Sonnabend, 10.05.14	Lesen »Wider das Vergessen« 9.30-11.00 Uhr, Wittstock - Marktplatz
Montag, 12.05.14	Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Wittstock 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«; stellv. Mitglied im Petitionsausschuss, im Ausschuss für »Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit« und im »Beratenden Ausschuss für Fragen der niederdeutschen Sprachgruppe«; Mitglied im Arbeitskreis II für Struktur- und Regionalpolitik.

Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten: Die.-Do. 09.00 - 12.00 Uhr

Sprechzeiten von Dr. Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

Dieter Groß, Landtagsabgeordneter der Fraktion DIE LINKE, Sprecher für Kultur- und Sportpolitik; ordentliches Mitglied im Ausschuss für »Wissenschaft, Forschung und Kultur«; ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss und im Richterwahlausschuss; stellv. Mitglied im Ausschuss für »Bildung, Jugend und Sport« und »Landesjugendhilfeausschuss«; stellv. Mitglied im Ausschuss für »Umwelt, Gesundheit u. Verbraucherschutz«.

Tel.: 0331/9661526 Funk: 0172/3500435
www.dieter-gross.de

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Anja Büchner** und **Christian Richter**
Tel.: 03394/4997064 Fax: 03394/4997065
E-Mail: ra.gross@gmx.de
Bürozeiten: Mo. 10 -13.00, Di/Do 09.00-15.00
Mi. 11.00-17.00

Sprechzeiten von Dieter Groß im Wahlkreisbüro Wittstock sowie in den Büros Pritzwalk, Neuruppin und Kyritz bitte im Wahlkreisbüro Wittstock erfragen.

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE
Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**
Schinkelstr. 13, Neuruppin;
Tel.: 03391/2383

Sprechzeiten: Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE Friedemann Göhler
Tel.: 03391/2383
Sprechzeiten: Mo. (2./4.) 16.00 - 17.00 Uhr

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, Neuruppin;
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz;
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Die. 10.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock;
Tel.: 03394/4997066 Fax.: 03394/4997065
E-Mail: rv-dielinke-wittstock@gmx.de
Sprechzeiten: Die. 09.00 - 11.00 Uhr
Do. nach Vereinbarung

Märkische Linke

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Verantwortlicher Redakteur: Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.);
Redaktion: Christa Horstmann, Achim Müller, Tobias Peschel,
Jürgen Schubert, Giseller Trepte.

Die namentlich gezeichneten Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Erscheinungsdatum:

Fr., 02.05.2014
Mi., 14.05.2014